



Nutzung der Belziger Straße unverantwortlich – Nicht nur Waschbären, sondern massive Schadstoffbelastungen GdP übt massive Kritik an Umgang mit verseuchter Polizeiliegenschaft

**GdP-Info
29-2026**

Berlin. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) übt massive Kritik am Umgang mit der Polizeiliegenschaft Belziger Straße. Zwar sei diese durch die Polizeiführung im Mai aufgrund festgestellter Schadstoffbelastungen für die Nutzung geschlossen worden. Trotz Ablehnung durch den zuständigen Personalrat der Direktion Einsatz/Verkehr sei die seit 2022 geschlossene Liegenschaft aber ab Ende 2023 als Sicherstellungshalle wieder genutzt worden, obwohl die Gefahren bekannt waren. Mittlerweile liegen zwei Strafanzeigen in der Polizei dazu vor.

„Es war die einzig richtige Entscheidung, die Bruchbude Belziger Straße wieder dicht zu machen. Das Schadstoffgutachten, über das wir informiert wurden, bezeugt Asbest, Blei, Chrom, PAK und künstliche Mineralfasern, die ein immenses Gesundheitsrisiko für unsere Kolleginnen und Kollegen darstellen. Als GdP hatten wir schon im November 2023 große Fragezeichen, weil seit Jahren bekannt war, dass die Bausubstanz höchstwahrscheinlich kontaminiert war und auch der zuständige Personalrat die erneute Nutzung aufgrund offener Fragen zurecht abgelehnt hat. Wenn wir jetzt hören, dass hier Gutachten vorliegen, die bereits 2011 für betroffene Hallen 1 und 3 Schadstoffbelastungen diagnostiziert haben, rein gar nichts saniert wurde und der zuständige Arbeitsschutz einer unbedenklichen Nutzung zugestimmt hat, obwohl man sofort intervenieren hätte müssen, haben wir eine Menge Fragezeichen“, so GdP-Landeschef Stephan Weh.

Die Polizei Berlin hatte intern am 26. Mai über die sofortige Schließung informiert, am 24. Juni in einer weiteren Mitarbeiterinfo über die Ergebnisse der Schadstoffuntersuchungen von Mai 2026 sowie Dezember 2011. Diese offenbarten eine immense Schadstoffbelastung mit extremen Gesundheitsrisiken. Der Personalrat Direktion E/V hat deshalb Strafanzeige gestellt, die einer weiteren bereits vorliegenden hinzugefügt wurde. „Wir erwarten hier vollkommene Transparenz und die ganze Palette an Vorsorgeuntersuchungen und Unterstützung für unsere Kolleginnen und Kollegen. Wir hatten den Eindruck, dass man aus den Versäumnissen in Sachen jahrelange Gesundheitsbelastungen auf Schießständen gelernt hat. Auch, wenn die Behördenleitung gerade alle Hebel in Bewegung setzt und vollumfänglich reagiert, stellt sich hier die Frage, welche Rolle der Arbeitsschutz einnimmt und wie dessen Arbeit aufgearbeitet wird. Schlussendlich sind sein Handeln/seine Empfehlungen für die Gesundheit der Beschäftigten verantwortlich. Wir müssen nach der Aufarbeitung definitiv darüber reden, ob der Arbeitsschutz noch Bestandteil der Behörde sein soll“, so Weh.

